

**POSTULAT** von Hans-Peter Portmann (FDP, Thalwil), Peter Roesler (FDP, Uster) und Antonie Berger (FDP, Kilchberg)

betreffend Bürokratieabbau und Vereinfachung in der Besteuerung von natürlichen Personen und Unternehmungen im Kanton Zürich

---

Der Regierungsrat wird eingeladen, einen Bericht und allfälligen Gesetzesänderungen mit folgenden Zielsetzungen auszuarbeiten und dem Kantonsrat zu unterbreiten:

- Das Abzugswesen für natürliche Personen wird auf seine Effizienz hin überprüft und es werden wo möglich gewisse Abzüge zusammengefasst bzw. mit Pauschalabzügen versehen;
- Die Vorschriften über die abzugsfähigen Geschäftskosten werden auf ihre Effizienz hin überprüft und wo möglich durch einfache Regelungen ersetzt;
- Die Vorschriften zur Erbringung von Belegen und zur Führung von steuerkonformen Rechnungsabschlüssen werden auf ihre Effizienz hin überprüft und wo möglich für den Steuerpflichtigen vereinfacht;
- Dort wo kantonales Recht einen Bürokratieabbau und eine Vereinfachung bewirken kann, soll der Regierungsrat entsprechende Gesetzesänderungen vorbereiten;
- Dort wo Bundesrecht eine Effizienzsteigerung verhindert, soll der Regierungsrat über die Finanzdirektorenkonferenz beim Bund vorstellig werden.

Hans-Peter Portmann  
Peter Roesler  
Antonie Berger

Begründung:

Immer noch ist unser Steuersystem für die Steuerpflichtigen zu aufwendig, insbesondere dann, wenn das Steuersubstrat sich nicht nur aus einem einfachen Einkommen ergibt, sondern wenn noch verschiedenste Vermögensteile zu versteuern sind, oder wenn es sich um selbständig Erwerbende bzw. Unternehmungen handelt. Je komplexer ein Deklarationsverfahren umso mehr ergibt sich eine Bürokratie für die Steuerpflichtigen und auch für den Staat. Dies verursacht unnötige Kosten, welche die Allgemeinheit zu tragen hat. Aus verschiedensten Kantonen ist nun bekannt, dass diese im Steuerwettbewerb nun auch den Weg eines vereinfachten Steuersystems und einer Abzugspraxis mit möglichst hohen Pauschalabzügen gehen wollen. Hier darf der Kanton Zürich nicht ins Hintertreffen geraten. Deshalb soll der Regierungsrat frühzeitig diese Thematik angehen.